



POSTULAT

Urheber Jérémy Savioz, Les Verts, Julien Monod (Suppl.), PLR, Robert Métrailler, AdG/LA, und Ismaël Perrin, PDCB
Gegenstand Stopp der Verpackungswut
Datum 12.09.2017
Nummer 5.0284

Mit der Einführung der Sackgebühr per 1. Januar 2018 ist das Problem der Abfallbewirtschaftung aktueller denn je. Diese Gebühr führt bei jedem Haushalt zu einer Neuorganisation des Konsummusters: vom Kauf des Produkts bis hin zur Entsorgung.

Die Karton- und Plastikverpackungen machen einen bedeutenden Teil unserer Haushaltsabfälle aus. Gemäss einer Studie des Bundesamts für Umwelt (BAFU) aus dem Jahr 2011 belaufen sich die Plastikverpackungen allein (ohne PET) auf 41,3 kg Abfälle pro Jahr und Einwohner. Zahlreiche Produkte (vor allem Lebensmittel) sind durch mehrere Plastik- oder Kartonschichten regelrecht überverpackt. Diese dienen zu nichts anderem, als unsere Abfalleimer zu füllen. Ab dem 1. Januar 2018 leeren volle Abfalleimer unser Portemonnaie. Die Überverpackung wird für jeden Haushalt Mehrkosten verursachen, da diese mehr Gebührensäcke kaufen müssen, um die Verpackungen zu entsorgen.

Eine noch wenig verbreitete Lösung besteht darin, nach dem Bezahlen an der Kasse überflüssiges Verpackungsmaterial im Geschäft zu lassen. Im Gegensatz zu Frankreich gibt es in der Schweiz kein Gesetz, das die Geschäfte verpflichtet, das Verpackungsmaterial wieder zurückzunehmen. In Frankreich ist jedes Geschäft im Detailhandel mit über 2'500 m², das Lebensmittel und Konsumgüter anbietet, seit dem 1. Juli 2011 gemäss Gesetz verpflichtet, bei den Kassen eine Rücknahmestelle für Verpackungsmaterial der in diesem Geschäft gekauften Produkte aufzustellen. In der Schweiz hat nur der Kanton Zürich ein Reglement genehmigt, gemäss dem einige Geschäfte zur Rücknahme der Verpackungsabfälle von Produkten verpflichtet werden, die bei ihnen gekauft wurden. An anderen Orten gibt es grosse Unterschiede in der Praxis und sie hängt vom guten Willen des Betreibers ab. Grossverteiler wie Coop und Migros bestätigen in der Regel, ihre Verpackungen grundsätzlich zurückzunehmen, die Realität sieht aber oft anders aus.

Viele Einkaufszentren bieten bereits Sammelstellen für Abfall an (PET, Aluminium, Glas usw.). Es geht hier aber vielmehr um die Verpackungsabfälle von Produkten aus den entsprechenden Geschäften. Man muss das Problem der Überverpackung an den Wurzeln packen und die Verteiler anregen, im Bereich Abfallverwaltung ihre Verantwortung zu übernehmen.

Schlussfolgerung

Mit diesem Postulat fordern wir den Staatsrat auf, zu untersuchen, ob Geschäfte im Wallis Rücknahmestellen für Verpackungsmaterial anbieten und so den Konsumenten ermöglichen müssen, überflüssiges Material vor Ort zu lassen. Damit könnte das Abfallvolumen (und damit die Kosten) der Bürger verringert werden. Zudem würden die Grossverteiler und gleichzeitig auch die Lieferanten auf das Problem der Überverpackung sensibilisiert werden.